DM 1,–

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

April 4/94

Katalog der Grausamkeiten

(Bericht zur Lage)

Unsere letzte Mitgliederkonferenz begann mit dem Hinweis auf staatliche Organe, die eine Rufmordkampagne in Gang setzten gegen unsere Kameradin Renate und unseren Kameraden Hans. Bisher hat sich erwiesen, wie Recht wir mit unserer Einschätzung hatten. Diese Einschätzung hat bis heute nichts anderes ergeben. Nur soweit zur Erinnerung.

Der Schwerpunkt in der damaligen Berichterstattung bestand in einer kurzen Analyse der verschiedenen Typen des Faschismus in Bezug auf eine Entwicklung in Deutschland. Es zeichnete sich bereits damals ab, daß die Thesen der Historikerdebatte über Bitburg zur Staatsdoktrin erhoben wurden. Es besteht heute kein Zweifel mehr daran, daß die Politik der Bundesregierung faschistoide Züge in sich birgt. Betrachten wir nur einige Politikfelder:

Am deutlichsten wird es in der Außenpolitik. Vorbei am Grundgesetz wurden Einsätze getätigt in Kambodscha als Sanitäter, im Golfkrieg als Feuerleit-Funktion sowie Raumüberwachung in AWACS-Flugzeugen sowie der Einsatz der Marine zur Entlastung der USA im Mittelmeer. Und nach dem Golfkrieg der Einsatz der Marine zur Minenräumung. Die Beteiligung deutscher Soldaten in Somalia mit der fadenscheinigen Begründung, „Schaden vom deutschen Ansehen zu nehmen". Die Türkei mit Waffen und Kriegsmaterial aus ehem. NVA-Beständen zu unterstützen, obwohl offensichtlich dieses Material gegen die Kurden eingesetzt wird. Das Aufstellen der deutsch-französischen Brigade sowie das Aufstellen des ersten Korps der WEU (Westeuropäische Union). Mit letzteren wurde eine neue Streitmacht neben der Nato ins Leben gerufen. Diese neue Streitmacht soll notfalls auch ohne USA europäische Interessen durchsetzen. Des weiteren steht nach wie vor, daß Deutschland eine führende Rolle in Europa für sich beansprucht.

Das Verlassen des Grundgesetzes kommt am deutlichsten heraus bei den neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien". In diesen „Verteidigungspolitischen Richtlinien" wurde das Wort „Verteidigung" ersetzt durch das Wort „Interessenwahrnehmung". Diese Interessenwahrnehmung wird dahingehend definiert „Aufrechterhaltung der Wege zu den Absatzmärkten sowie zu den Rohstofflagern". (Umstellung der Armee zu schnellen Eingreiftruppen) Zur Außenpolitik gehört ebenfalls die Forderung nach Aufhebung der Exportbeschränkung von Rüstungsmaterialien. Mit dieser Forderung wird ein Schritt zur Militarisierung der Wirtschaftspolitik unternommen. In der Innenpolitik ist zuerst einmal das Recht auf Asyl zu nennen. Mit dem Umkippen des Rechts auf Asyl wurde eine Rechtswende eingeleitet. Das, was Bonner Politiker als „das Boot ist voll" bezeichneten und in entsprechende Paragraphen umformulierten, nutzten die Neofaschisten, um diese Parolen in die Tat umzusetzen. Rostock, Mölln, Fulda usw. sind Marksteine ihrer Taten. Aber damit nicht genug. Die Bonner Regierung brüstet sich mit der Asylgesetzgebung und nimmt es für sich als Erfolg, daß weniger Asylsuchende nach Deutschland kommen. Mit einem fast militärischen Aufgebot an den Grenzen und mit Ausweisungen von Kriegshäftlingen zurück ins Kriegsgebiet Jugoslawien ist es kein Wunder, daß sich kein Asylsuchender mehr nach Deutschland wagt.

Der große Lauschangriff soll helfen, die steigende Kriminalität in den Griff zu bekommen. Selbst von Fachleuten wird darauf hingewiesen, daß die bestehenden Gesetze ausreichend sind und auch angewandt werden können. Es bedarf allerdings einer richterlichen Entscheidung, um einen Lauschangriff vorzunehmen. Durch das neue Gesetz soll die Polizei, Geheimdienst, Verfassungsschutz in die Lage versetzt werden, nach ihrem Gutdünken tätig zu werden. Damit wird die Unverletzlichkeit der Wohnung sowie auch die persönliche Intimsphäre aufgehoben. Der Staat ist dann überall. Die Verbindung Polizei – Geheimdienst war unter Hitler der Weg zur Gestapo. Der § 218. Das Selbstbestimmungsrecht der Frau wird mit dem neuen Gesetzentwurf aufgehoben. Der Staat entscheidet. Das soziale und persönliche Befinden wird durch Gesetz ausgehebelt.

Die Tarifautonomie, ein Bestandteil unserer Verfassung, wird durchlöchert. Mit der

Fortsetzung Seite 2

Von der LMK

Wiedergewählt wurden am 28. Februar in den Geschäftsführenden Vorstand: Walter Federmann (1. Vorsitzender), Raimund Gaebelein-Henkel (stellv. Vors.), Friedel Becker (Kassierer), Tilla Hundertmark (Büro-Kasse), Helmut Peters (Schriftführer). Der Landesvorstand wird aus 13 Kameraden/Kameradinnen bestehen. Als Delegierte zum Bundeskongreß fahren Walter, Raimund und Thomas. In einem Schreiben an Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth protestierte die Landesmitgliederkonferenz entschieden gegen die rechtswidrige Beugehaft gegen ihre Kameraden Herbert Mies und Kurt Fritsch. Statt die Initiative staatlicher Organe gegen den aufkeimenden und ständig bedrohlicher werdenden Neofaschismus zu richten, würden damit Menschen inhaftiert, deren ganzes Trachten in den vergangenen Jahrzehnten der Verwirklichung des Buchenwaldschwurs galt, „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus".

Raimund

Fortsetzung von Seite 1

Behauptung, den „Wirtschaftsstandort Deutschland" zu sichern durch Maßhalten bei den Lohnforderungen, stellt sich die Regierung einseitig auf die Seite der Unternehmer. Der direkte Bruch der Tarifautonomie zeigt sich ohne Aufkündigung der Tarife durch den Beschluß, daß Beamte und Lehrer länger zu arbeiten hätten. Ein willkommener Anlaß, den die Unternehmen für ihre Forderungen aufnehmen. Und lange vereinbarte Tarife, wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, halbieren.

Die Sozialpolitik ist in Bonn verkommen zur Selbstbedienung und Sanierung der maroden Staatskasse. Die Sozialkassen, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Krankenkassen sind eigenständige Kassen und durch Mitgliedsbeiträge aufgebaut. Über unsere Steuern an den Staat hat dieser die Aufgabe, Differenzbeträge zur Stützung dieser Kassen zu leisten. Statt diese Kassen zu stützen, wird finanzielle Verweigerung angesagt. Dafür werden Kürzungen bei Arbeitslosen und Kostenübernahmen bei Krankenkassen bestimmt. Für die Langzeitarbeitslosen soll Gemeinschaftsarbeit zu Billiglöhnen durchgeführt werden. Soziales Aufbegehren soll mit dem Einsatz der Bundeswehr nach innen unterbunden werden.

Wirtschaftspolitisch sind wir in einer der schlimmsten Krisen der Zeit nach dem ersten Weltkrieg. Die Arbeitslosenzahlen werden manipuliert. Der DGB hat errechnet, daß es über 7 Mill. Arbeitslose gibt. Der DGB hat mit den Wohlfahrtverbänden einen Armutskatalog erstellt und errechnet, daß ca. 7 Mill. Menschen in Deutschland unter der Armutsgrenze leben (800 DM monatl.). In Deutschland sind nach der Wiedervereinigung 1 Mill. Menschen obdachlos. Selbst Experten rechnen mit weiterer Zunahme der Arbeitslosigkeit, und eine Abnahme der Arbeitslosigkeit ist bis über das Jahr 2000 nicht annehmbar.

Damit nun genug des Katalogs der Grausamkeiten. Anzumerken sei nur noch: die Arbeitslosigkeit trifft nicht nur den Arbeiter. Arbeiter, Meister, Ingenieure, sowie akademische Grade verschiedener Ressorts sind betroffen. Mittelstand und Kleingewerbe stehen unter Druck. Sie alle sehen eine Umschichtung und Umverteilung von unten nach oben. Deutlich zu sehen bei Banken und Konzernen. Die Angst geht um Es breitet sich aus: Die Existenzangst, Zukunftsangst und die Perspektivlosigkeit. Die Suche nach einem Ausweg aus dieser Situation beschäftigt viele. Die Politik und der Politiker ist zu einem Zerrbild zerronnen, persönliche Bereicherung, Filz und Bestechung führten zur Politikverdrossenheit.

In dieser Situation bieten sich die Rechten sowie auch die Neofaschisten an, als hätten sie Lösungen. Ich sage gewollt, die Rechten und die Neofaschisten. Ideologisch stehen sie sowieso nebeneinander. In der Arbeitsweise und den Methoden gibt es Unterschiede. Was die einen publizistisch und mit Paragraphen machen, machen die anderen mit der Faust.

Walter Federmann

Schorse vollendet die 80

Unser Kamerad Georg Gumpert, gerufen Schorse, wurde am 3. April 1914 in Bremen geboren. In der Mitte der Stadt, in den engen Gassen und Straßen zwischen Herdentorswall, Domshof und Domsheide wuchs er auf. Von hier war es nicht weit in die Stadt und an die Weser.

Die Vollendung des 14. Lebensjahres war der Beginn eines neuen Lebensabschnittes. Die Lehrstelle als Dreher auf der AG Weser war für sein Leben mitentscheidend, denn die Belegschaft genoß in der Arbeiterbewegung hohes Ansehen. Zur Zeit des Beginns seiner Lehre wurde auf der Akschen der Luxusdampfer „Bremen" gebaut. Der Streik für bessere Arbeitsbedingungen war für Schorse das erste „Lehrbuch".

Die Ablieferung der „Bremen" war auch gleich die Einbeziehung der Werft in die Weltwirtschaftskrise, in der es selbst für Lehrlinge oder „Azubis", wie heute gesagt wird, keine berufsbildende Arbeit gab. Aber Arbeit gab es genug, um dem Terror der Nazis in Bremen keine Chance zu geben. Mit den jungen Kollegen der Akschen half Schorse dort, wo es notwendig war. Und als die Nazis auf Drängen des Industrie- und Bankkapitals am 30.1.33 in die Schalterhallen der Macht gesetzt waren, die Funktionäre der KPD, dann der Gewerkschaft und SPD verhaftet waren, da beteiligte sich Schorse am illegalen Kampf gegen Faschismus und Krieg.

Immerhin konnten sie über 2 Jahre Flugblätter und Zeitungen erstellen und verbreiten, aber nach und nach wurden ihre Gruppen verhaftet. 1936 stand Schorse mit 79 jungen Kommunisten, SAJlern und Gewerkschaftlern vor Gericht. 3 Jahre Zuchthaus, anschließend KZ Börgermoor, aber Direktor Stapelfeldt setzt sich nicht für seine jungen Facharbeiter ein. Er stellte Schorse auch nicht nach der KZ-Haft ein. Gegen Ende des Krieges tauchte auch Schorse unter und kehrte am 27. April 1945 mit den englischen Truppen nach Bremen zurück. Er war dabei, als am 28. 4. 45 von 28 Antifaschisten die Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KgF) gegründet, die Statuten und das Programm entworfen und am 3. Mai 1945 die Zeitung „der Aufbau" der Öffentlichkeit übergeben wurde.

Es gab reichlich zu tun, es gab nicht nur 65 % vollkommen zerstörte Häuser, es gab auch restlos vernichtete Unterlagen auf Verwaltungsebenen. Mit der Einsetzung eines Senats übernahm Schorse offiziell die Organisierung eines neuen Arbeitsamts. Auch als sein Wirtschaftssenator das Hemd wechselte, blieb er seiner Überzeugung treu. Nach den Wahlen im Oktober 1947 zogen die Befreier die Glacehandschuhe aus und die um den Aufbau Verdienten mußten im Frühjahr 48 gehen. Für Schorse begann nun ein neuer Abschnitt des Lebens.

Er eröffnete ein Feinkostgeschäft in der Neustadt, das besonders für seinen Kaffee und Wein über Bremen hinaus einen guten Ruf genoß. Sein Geschäft schuf ihm die Grundlage, einen alten Wunsch zu erfüllen. Er besuchte mit Erfolg eine Schule für Heilpraktiker. Sein Ausscheiden aus dem Staatsdienst lehrte ihn, Antifaschismus ist notwendiger denn je. Der Widerstand gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag holte ihn an die Spitze der Friedensbewegung und der VVN. In diesen Funktionen leitete Schorse am 8. und 9. Juli 1950 einen Kongreß der Seeleute und Binnenschiffer in der Stadthalle. Die 2000 Delegierten beschlossen, „keine Waffen zu be- und entladen. Der Bedarf wurde von Doggern aus Holland und Belgien befriedigt.

Drei Monate später, am 10.9.1950, erließ die Adenauer, Regierung ein Dekret, mit dem die Mitglieder der VVN aus den Ämtern entlassen werden mußten. Als ein halbes Jahr später der Rat der VVN verboten wurde, erfolgte in Bremen kein Verbot wie in anderen Ländern. Als Vorsitzender hat Schorse die VVN Bremen e.V. durch die schweren Zeiten bis nach dem erfolgreichen Verbotsprozeß geleitet. Obwohl Nov. 1963 zugunsten der VVN entschieden war, gab Bonn keine Ruhe.

Die Bremer VVN betrieb bald danach die Wiedergutmachung im allgemeinen und die Wiedererrichtung des von den Nazis zerstörten Hötger-Denkmals. Nachdem 1972 das Arfmann-Denkmal der Öffentlichkeit übergeben war, mietete der Vorstand eine gesamtdeutsche Ausstellung des antifaschistischen Widerstands 1933–45 vom Kuratorium an. Dazu wurde eine kleine Bremer Ausstellung und eine Begleitbroschüre erstellt. Die Ausstellung April/Mai 1974 wurde ein voller Erfolg.

In die danach wachsenden Aufgaben schaltete sich Schorse trotz beruflicher Belastung immer wieder ein, innerorganisatorisch und auch öffentlich. Ein wichtiger Stützpunkt für die Arbeit der VVN war das von Schorse 1956 eingerichtete Büro in der Buchtstr.16, das sie leider 1983 aufgeben mußte. Im gleichen Jahr gab Schorse seinen Vorsitz nach über 3 Jahrzehnten ab, aber seine Hände legte er nicht in den Schoß. Heute ist er Vorsitzender des Vereins zur Förderung der Erforschung der Geschichte der Moorlager. Dieser Verein hat bereits ein wichtiges Dokumentationzentrum in Papenburg. Trotzdem ist noch viel Arbeit. Wir wünschen Schorse zur Vollendung seines 80sten Lebensjahres weiterhin Gesundheit, Kraft und Erfolge im frohen Schaffen.

Der Vorstand

Zweimal Denkmal

Am 18. Juni 1922 wurde um 10 Uhr auf dem Waller Friedhof ein Denkmal für die gefallenen Verteidiger der Bremer Räterepublik in einer Ehrenanlage der Öffentlichkeit übergeben. Dieser Akt kennzeichnet die damalige Situation, 28 1/2 Monate nach dem 4. Februar 1919. Wie war es damals?

Am 2. Februar 1919 unterzeichneten in Verden die Gerstenberger ein Abkommen zur friedlichen Auflösung der Bremer Räterepublik. Auf der Gegenseite unterzeichneten der Rat der Volkskommissare, die Arbeiter-Soldatenräte von Bremen, Oldenburg, Bremerhaven und der Korps-Soldatenrat des IX. Armeekorps Hamburg das Abkommen. In einem Telegramm wurde dieser Akt der Reichsregierung mitgeteilt. 1928 beschrieb Herr Noske die damalige Situation wie folgt: „Ich steckte das Blatt in die Tasche und sagte meinen Kollegen kein Wort. Ich setzte durch, daß mein Vorschlag, am nächsten Morgen gegen Bremen zu marschieren, falls keine Unterwerfung erfolgte, zugestimmt wurde".

Das Ergebnis ist bekannt. Die neugebildete Regierung unter dem Mitunterzeichner J. Deichmann versagte den Angehörigen der gefallenen und inhaftierten Verteidiger der Räterepublik jegliche Unterstützung. Die Arbeiter gründeten deshalb einen Hilfsausschuß (H. A.), der auch als 21er Ausschuß bekannt wurde. Dieser H.A. organisierte nicht nur die materielle Hilfe, sondern auch die Zusammenlegung der Toten auf dem Waller Friedhof. Er führte die Verhandlungen mit dem Friedhofsamt. Die Zusammenlegung der Gefallenen sollte auf einer größeren Fläche erfolgen. Dabei ging es vor allem um den Preis. Die Fläche sollte zunächst 300 000.– Mark kosten. Man einigte sich darauf, nur die Einzelgräber in Rechnung zu stellen. Der H.A. mußte somit nur 41 000.– Mark bezahlen.

Die Frage, ob bei den Gräbern ein Grabmal oder ein Denkmal errichtet werden sollte, wurde durch Schenkung eines Modells gelöst. Der Künstler Bernhard Hötger hatte das Modell unter dem Eindruck der ungeheuren Materialschlachten 1917 geschaffen. Die Mutter hält den gefallenen Sohn im Schoß. Solche Darstellungen waren schon seit Jahrhunderten Symbol für die Leiden der Mütter und der kleinen Leute. In Anlehnung an andere Vorbilder nannte B.Hötger sein Denkmal Pieta. Es war wie geschaffen für die gefallenen Verteidiger eines neuen Staatswesens, das den Frieden wollte. Zu Recht fordert die Jugend, heute, zum 75. Jahrestag der militärischen Auflösung der Räterepublik, die Probleme des Sozialismus zu behandeln.

Der Gartenbauarchitekt Brandes übernahm die Gestaltung der Ehrenanlage. Der Hilfsausschuß beauftragte kurzerhand die „Vereinigten Porphyrbrüche auf den Rodlitzer Bergen GmbH" in Sachsen mit der Herstellung des Denkmals. Im April 1922 wurde das Denkmal geliefert. Herr Hötger und der H. A. waren mit der Gestaltung sehr zufrieden. Für die fachgerechte Aufstellung sorgten die Bremer Bauhütte „Hansa" und die Bildhauerfirma Berger. Es ist anzunehmen, daß diese Firmen aus Solidarität handelten. Die Bremer Arbeiter hatten sowieso hohe Kosten zu tragen, denn der Preis für das Denkmal stieg von den vereinbarten 33 000.– auf 110 000.– Mark. Dazu kamen 13 000 Mark für Transport und Verpackung. Auch wenn bedacht wird, daß in der Zeit zwischen der Auftragsvergabe 1920 und der Lieferung 1922 die Inflation auf noch nicht 33,3 % gewachsen war, bedurfte es einer gewaltigen Anstrengung, um die Gelder aufzubringen. Die Vereinigung der USPD-Linken mit der KPD zur VKPD erfolgte Ende 1920; Ende 1922 vereinigte sich der Rest der USPD mit der SPD zur VSPD. So schwer wie das auch war, der H. A. vertrat nicht nur die damals existierenden Parteien, MSPD, USPD, VKPD, sondern auch die Gewerkschaften. Diese Tatsache erkennt man an der Organisierung der feierlichen Veranstaltung am 18. Juni 1922. Der H. A. hatte für alle Gewerkschaften einen Treffpunkt angeordnet. Die Gewerkschaften stellten auch die 200 Ordner, wie aus dem Plan ersichtlich ist. Das Programm gestalteten der Sozialistische Arbeiter-Sängerbund unter der Leitung von Hermann Böse und Musiker des städtischen Orchesters (Leitung Franz Schmuser). Den feierlichen Rahmen ergaben die Musik von Beethoven, Chopin und Wagner und die Lieder „Wir sind die Schmiede..." und „Tord Foleson". Die Rede hielt H.Lüdeking von der USPD. Nimmt man die Teilnahme der Mitglieder von 15 Gewerkschaften sowie weitere Teilnehmer aus Kirchweyhe, Oldenburg und Bremerhaven an, muß die Aussage, es seien dort „Tausende Sozialisten und Kommunisten" gewesen, sicher den Tatsachen entsprechen.

Der Charakter dieser feierlichen Kundgebung wurde leider nicht beibehalten. Bis 1933 hielten die SPD und die KPD mit ihren Verbänden jeweils getrennte Feiern am Denkmal ab. Diese sichtbare Spaltung der Arbeiterbewegung erleichterte es den Herren der Banken und Industrie, von Hindenburg die Berufung Hitlers zum Reichskanzler zu fordern. So geschah es am 30.1.1933.

In Bremen löste sich die Bürgerschaft am 16. März 1933 selbst auf, und Berlin setzte einen Nazisenat ein. Dieser beschloß bereits am 29. März 33 die Entfernung der Hötger-Plastiken am Volkshaus und die Vernichtung der Pieta auf dem Waller Friedhof. Die Zerstörung der Ehrenanlage und des Denkmals verursachte 1600.– Mark Kosten. Der Verkauf der Fläche der Ehrenanlage ausschließlich als Einzelgräber wurde zum Geschäft. Die gefallenen Verteidiger wurden nun auf verschiedene Stellen umgebettet. An der ehemaligen Ehrenanlage wurde eine Platte mit einem diffamierenden Text eingelegt. Auf dieser Platte, die nicht mehr vorhanden ist, wurden während der 12 Jahre Faschismus und Krieg immer wieder Blumen niedergelegt. Die 12 Jahre hatten die Gegensätze zwischen den Arbeiterparteien beseitigt. Die Gegner des Hitlerregimes organisierten nach dem Sieg der Antihitler-Koalition in Bremen die K.G.F. Bereits am 6. Mai 1945 trat sie mit der Zeitung „Der Aufbau" an die Öffentlichkeit. Nachdem in Bremen die SPD, die KPD und die BVP von den Befreiern genehmigt waren, löste sich die K.G.F. am 16.12.1945 auf. Die Teilnehmer der letzten Tagung appellierten an die Funktionäre der KPD und SPD, bald eine Sozialistische Einheitspartei zu gründen.

Schon am 3. Februar 1946 gab es ein gemeinsames Gedenken an der ehemaligen Anlage. Es sprachen für die SPD der Genosse Schramm und für die KPD der Genosse Krohn. Nach dieser gemeinsamen Veranstaltung wurde ein Ausschuß zur Wiedergutmachung des Verlustes der von dem Naziregime vernichteten Anlage gebildet. 1950 erklärte der Senat seine Unterstützung für ein neues Denkmal.

Bereits 1951 scheiterten die Bemühungen an den politischen Verhältnissen, aber auch an den unmöglichen Entwürfen für ein neues Denkmal. Die Mitglieder des Ausschusses „4. Februar 1919" wurden Mitglied in der am 15. März 1947 gegründeten VVN. Obwohl die VVN in Bremen nicht verboten wurde wie in anderen Bundesländern, war die Tätigkeit durch den Verbotsantrag der Adenauer-Regierung doch erheblich erschwert. Erst im November 1963 erfolgte der Freispruch. Damit begann die VVN auch wieder, politische Aufgaben anzugehen. So beschloß sie 1967, den Ausschuß „4. Februar 1919" unter der Federführung des Kameraden Heinrich Reichel wieder zusammenzufassen. Die Aufgabe war klar, die 1951 gescheiterte Wiedergutmachung für den Verlust des vernichteten Hötger-Denkmals. Die Wiedergutmachung nazistischen Unrechts war die Basis für ein breites Bündnis. Der wiederbelebte 46er Ausschuß erreichte die gemeinsame Bestattung der Toten auf dem alten Areal. Da dieser Platz für Kundgebungen nicht mehr geeignet war, wurden die Opfer auf einen Wiesenplatz umgebettet.

Auf der Feier zum 50. Jahrestag des 4. Februar, am 2. Februar 1969, sprach der Verfasser dieses Artikels. Die Rede befindet

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

sich im Staatsarchiv. Der Redner erinnerte zuerst an den 2. Februar 1919, an dem die friedliche Auflösung der Räterepublik vereinbart wurde (siehe oben). Dann bedankte er sich beim Friedhofsamt für die Umbettung auf diese Wiese, die genügend Platz für eine Ehrenanlage mit Denkmal biete. Der Redner befaßte sich dann mit der damaligen Bewegung gegen die Notstandsgesetze.

Bis zu dieser Rede hatte der Bildhauer Georg Arfmann jun. bereits 3 Entwürfe vorgelegt. Fast genau 14 Tage nach dem 2. Februar 1969 legte Georg Arfmann einen weiteren Entwurf vor, der angenommen wurde. „Nur einige Kommunisten hätten lieber ein ... Heldendenkmal gesehen". An dieser Stelle möchte sich der Verfasser ausdrücklich bei den drei Schülern des Oekumenischen Gymnasiums für ihre umfangreiche und von Bundespräsident Richard von Weizsäcker ausgezeichnete Arbeit bedanken. Ein dreigeteiltes Denkmal war von Anfang an von G. Arfmann jun. geplant. Der neue Entwurf ist auch dreigeteilt. Unten sind 30 Säulen, unterschiedlich gestaltet, um die unterschiedlichen Auffassungen der Gefallenen darzustellen. Die darüber legenden Querschichten symbolisieren die Veränderungen in der Gestaltung der Wirtschaft. Der 3. Teil stellt die vielseitigen Interessen und Auffassungen der menschlichen Gesellschaft dar. Eine Platte am Fuße des Denkmals erinnert an die Ziele der gefallenen Verteidiger und nennt ihre Namen. Den Stein aus Michelsauer Tuff haben Georg Arfmann jun. und Heinrich Reichel ausgesucht und selbst geholt. Die Finanzierung erfolgte durch Spenden der Mitglieder des Ausschusses sowie der VVN, des Amtes für Wiedergutmachung, des Senats und des DGB Bremen. Alle Spenden wurden auf das Konto der VVN gezahlt. Am Sonntag, den 6.2.1972, um 11.00 Uhr wurde das Denkmal der Öffentlichkeit übergeben.

Mit einigen Abgeordneten der Bürgerschaft nahm auch Hans Koschnick an der Einweihungsfeier teil. Er gab eine kurze Erklärung ab zu Ehren der Kämpfer, die 1919 den Versuch unternommen hatten, eine neue Gesellschaft zu bauen. Als 1. Sprecher sagte Erwin Schmidt für den DGB, ohne Erinnerung gebe es keinen Fortschritt. Der Präsident der Arbeiterkammer, Bernhard Voßberg, setzte sich mit dem Vermächtnis der gefallenen Verteidiger der Räterepublik auseinander. Arthur Böpple, Vertreter der Angehörigen der Februarkämpfer, meinte, mit dem Denkmal sei ein Unrecht wiedergutgemacht, aber eben nur das. In Leserbriefen im W.K. und den B.N. wurde geschimpft, die SPD brauche wieder Noskes, und gefragt, wieso Hans Koschnick gemeinsam mit dem „Spartakus-Gesindel" auftreten könne.

Bis zum Jahre 1989 führten die DKP (immer an einem Sonntag) und die SPD (jeweils am 4. des Monats Februar) getrennte Feiern durch. Nach der Veranstaltung von 1987 meldete der W.K., die VVN-BdA Bremen e.V. rufe immer zur Beteiligung an der DKP-Veranstaltung auf. Dafür gab es keinen Beleg, wie auch die Beratung von Herbert Brückner (dem Vorsitzenden der SPD) mit Peter Reichel (dem 2.) und Willy Hundertmark (dem Vorsitzenden der VVN-BdA) ergab. Diese Aussprache führte zur Vorbereitung einer gemeinsamen Veranstaltung am Sonnabend, den 4. Februar 1989. Da es der 70. Jahrestag war, wurde folgendes Programm durchgeführt:

Ab 11 Uhr eine Demonstration durch Gröpelingen, Treffen am Bunker Pastorenweg. Zu Beginn der Demo sprach der 1. Vorsitzende der VVN-BdA. Am Denkmal sprachen Katja Barloschky für die DKP und Prof. Dr. Walter Franke für die SPD. Am Abend fand eine Februarveranstaltung im Rathaus statt. Heinz Gerd Hofschen gab eine historische Einschätzung der Räterepublik. Die musikalische Umrahmung gestaltete die Gruppe Argus.

Die Feiern der Jahre 1990-1993 wurden weiterhin gemeinsam getragen. 1993 erhielt das Denkmal einen neuen Stein, der die Daten und das Schicksal des Denkmals und die vernichtete Pieta zeigt. Die Idee zu diesem Stein hatte der Kamerad Peter Reichel. Die Gestaltung übernahmen der Steinmetz Friedel Lippert und die Abteilung Kultur beim Senat. Die Last der Finanzierung trug der Kamerad Reichel.

Zum 75. Jahrestag 1994 kam es aufgrund verschiedener Umstände nur zu einer gemeinsamen Feierstunde am Denkmal. Eine kleine gemeinsame Aussprache im DGB-Jugendzentrum Westend soll ein geplantes Forum ersetzen, für das der große Saal nicht zur Verfügung stand. Diese Darstellung möge dazu beitragen, daß nie wieder getrennte Feiern stattfinden. Die Jugend ist meine Hoffnung, sie ist nicht verantwortlich für die Fehler der Vergangenheit, wohl aber verantwortlich für die Zukunft.

Willy Hundertmark,
Bremen, 1. Februar 1994

Nordpol-Streitgespräche
(mit Musik)

Gemeinsame Veranstaltungsreihe vom Gustav-Heinemann-Bürgerhaus, Jugendbildungsstätte Lidice-Haus und Volkshochschule Bremen-Nord „Streitgespräch mit Musik" lautete der Obertitel für eine „Deutschland-Bilanz" 1989–1994. Die drei Herren mit Dame liessen die Hörer eine halbe Stunde warten. Der gekonnte Vortrag auf der klassischen Gitarre ging in den 30 Minuten leider unter. Im Streit der drei Herren lag wirklich keine Musik. Die überlangen und monotonen Beiträge von Wolfgang Templin (Bündnis90/Grüne) wuchsen zu einem wenig überzeugenden Sammelsurium von Worthülsen. Herr Gatter vom Fernsehfunk Rostock griff selten ein. Seine Beiträge ließen das Bemühen um eine ehrliche Aufarbeitung der Jahre vor und nach der Wende deutlich werden. Egon Bahr, bekannt als Friedensforscher, befaßte sich mit dem Problem, wer die Einheit gewollt oder nicht gewollt habe. Er erinnerte daran, daß mit dem Art.131 alle Beamten wieder in die alten Rechte eingesetzt wurden, was er abgelehnt habe. Nicht nur Globke, der Schöpfer der Rassengesetze, sondern auch Nazi-Richter seien auf diese Weise wieder ins Amt gekommen.

Um ein klares Bild von der untergegangenen BRD zu zeichnen, hätte E.B. doch nur einige Zahlen zu nennen gehabt, z.B. folgende: 12000 Richter, 670 Richter des Volksgerichtshofes, kein SS-Führer, kein Beamter der Verwaltung, Bahn, Post und Polizei, kein Berufssoldat der Wehrmacht und, was ganz interessant ist, kein Feldrichter wurden jemals angeklagt. Karl Carstens z.B. wurde in Bremen geboren, schloss hier die Schule mit Abitur ab, studierte Jura und wurde Soldat, so die Bremer Lesart. Im November 78 sagte er dem „Spiegel", daß er Feldrichter war und Soldaten verurteilt habe, aber auf die Frage, ob er Todesurteile verhängt habe, sagte er kein klares „Nein". Hätte Egon Bahr diese Tatsachen genannt, wären andere Schlußfolgerungen herausgekommen. Die Moderatorin, Prof. Dr. Antonia Grunenberg brachte mehrfach Fragen ein, damit die Debatte konkret wurde. Es war vergebliche Mühe, selbst die wiederholte Mahnung von Zuhörern half da nicht. Besonders W.T. drehte seine Gebetsmühle. Als Frau Grunenberg die Zuhörer aufforderte, sich zu beteiligen, gingen die Beiträge am hohen Tisch vorbei. Trotz dieser Einschränkung sollten mehr solcher Expertentische stattfinden, aber bitte bei einer besser gemischten Zusammensetzung.

Die deutsche Geschichte ist nicht eingleisig verlaufen. Ohne BRD hätte es keine DDR gegeben, nicht ohne den Siegesschrei Adenauers am Abend der Wahl zum 2. Bundestag, jetzt sei es Zeit, nicht länger von der Wiedervereinigung zu reden, sondern von der Befreiung des Ostens !!! Dies steht an Anfang einer Aufarbeitung der deutschen Geschichte.

Willy Hundertmark

Rechts kehrt marsch?

Mitte Februar überstürzten sich Kurzmeldungen in den Medien, daß die Justiz wieder Tritt faßt. Das Landgericht Paderborn sprach drei Neofaschisten frei, die mit 30 anderen vor einem Übergangsheim „Ausländer"-feindliche Sprüche gegrölt hatten. Einen Angriff auf die Menschenwürde der Flüchtlinge konnte das Gericht nicht finden, „Ausländer-Raus"-Rufe gehören zur grundgesetzlichen Meinungsäußerung. Die Fuldaer Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungsverfahren gegen die Polizei wegen möglicher Strafvereitelung durch Zulassung des Naziaufmarsches eingestellt.

Anläßlich der Lesung seines Buches „Wird Deutschland wieder gefährlich" erklärte Ralph Giordano Mitte Februar im Rathaus, der „rassistische Flächenbrand, der über Deutschland gerast" sei, mache deutlich, „wozu ein Teil der Gesellschaft fähig ist". „Alte, nationalistische, chauvinistische, inhumane Denk- und Verhaltensweisen (hätten) ideologisch überdauert". Giordano, Jahrgang 23, von der Gestapo mehrfach gefoltert, erklärte, die Morddrohungen gegen ihn hätten „sogar an Schärfe und Intensität" zugenommen. Er fühle sich schwer bedroht. Nach dem feigen Mordanschlag in Mölln hatte er Kanzler Kohl geschrieben, „nie wieder werden wir Überlebenden des Holocaust unseren Todfeinden wehrlos gegenüberstehen". „Das Delikt sind Zustände und Umstände, die Bedrohte in die Notlage bringen, sich selbst verteidigen zu müssen". Die Justiz orientiere sich nach wie vor an der Milde ihrer früheren Urteile gegen NS-Verbrecher, wenn sie jetzt auch aufgeschreckt zu härteren Urteilen komme.

In der Bürgerschaft sprach sich SPD-Fraktionssprecher Horst Isola am 26.1. für das längst überfällige Verbot von DVU und NPD aus. Horst Isola zitierte aus einem Aufruf des NHB (der NPD Studentengruppe): „von Hoyerswerda lernen, heißt siegen lernen". Er befürwortet die Observierung von Parteien durch den Verfassungsschutz, „wenn sie zum Beispiel Ausländer diffamierten und damit Volksverhetzung betrieben". Wegen seines offenen Auftretens wurden ihm kürzlich per Postkarte Morddrohungen ins Haus geschickt. Längst überfällig ist meiner Auffassung nach ein Antidiskriminierungsgesetz, mit dem sich Betroffene gegen solche Diffamierungen wirksam zur Wehr setzen können, bevor Ereignisse wie in Hoyerswerda zum Maßstab politischer Kultur in der BRD werden. Frau Erlenwein von der Bremer CDU rühmt den Erfolg der Bonner Asylgesetze. Jetzt müßten auch Reserve-Unterkunftsmöglichkeiten und Betreuungspersonal weggenommen werden. Die Flüchtlinge könnten vieles per freiwilligem Arbeitsdienst selbst erledigen. Der Senat beschloß, das „Schiff" im Kohlehafen zu lassen, da ja alles so reibungslos verläuft. Die Gewerkschaft der Polizei wendet sich mittlerweile gegen die Einstellung junger Türkinnen bei der Polizei, da die Bevölkerung nicht genügend aufgeklärt sei und Ängste Raum fänden. Unter Druck der Familie könnten sich Vorurteile gegen Kurden bilden. Ihr Vorsitzender Hans Schulz betonte, Polizeibeamte sollten die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, um nicht zu „Beamten zweiter Klasse abgestempelt zu werden". Ausländerbeauftragte und Kultursenatorin finden das Verhalten der GDP daneben.

Die CDU Burglesum hatte sich gerade erst mit ihrer Unterschriftensammlung für eine Umbenennung der Bushaltestelle „Lidice-Haus" deutlich rückwärts gewandt gezeigt. Auf ihrer Jahreshauptversammlung wurde nun ein Antrag von Ulrich Redecker verabschiedet, der Bremer CDU-Landesvorstand solle am 4. Februar der ums Leben gekommenen Freikorpsleute gedenken, was bislang neofaschistischen Gruppen vorbehalten war. Sie wollen der Beseitigung der Verteidiger der ihrer Auffassung nach illegalen Räterepublik durch angeb-lich reguläre Truppen gedenken. So sieht der Beginn einer neuen Harzburger Front aus.

Angaben der Bundesregierung zufolge steigt die Zahl neofaschistischer Anschläge. Über 7000 Ermittlungsverfahren seien im 3. Quartal 1993 eingeleitet, 3900 Verfahren eingestellt worden, Täter unbekannt. Die neue Amigo-Runde zwischen Streibl und Schönhuber wird von Theo Waigel als Privatsache bagatellisiert, während Schönhuber es als Wahlkampfmunition gründlich ausweidet. Wenigstens für den Nordbayerischen Kurier ist klar, daß Streibl damit „den politischen Mephisto hoffähig gemacht" habe.

Richard Keßler

Polizei prügelt nach gerichtlicher Anweisung

Gegen den massiven Protest von 3000 überwiegend jugendlichen Menschen führten die Reps am 11.2. in Hannover eine Wahlveranstaltung durch. Die Stadt verzichtete auf weitere Bemühungen, die Stadthalle zu kündigen, nachdem das Verwaltungsgericht erklärt hatte, eine Absage wegen drohender Ausschreitungen sei ungerechtfertigt, da „keine konkreten Anhaltspunkte bestehen, daß von der Polizei kein ordnungsgemäßer Verlauf sichergestellt" werden könne. Auf der Kundgebung protestierte die DGB-Vorsitzende gegen die Volksgemeinschaftsideologie der Reps. Knapp nach Kundgebungsende, 30 Minuten vor der Veranstaltung, begann berittene Polizei mit der Räumung, Wasserwerfer folgten. Vor 700 Teilnehmern konnte Schönhuber seine Hetztiraden gegen Minderheiten in diesem Lande loslassen. „Resozialisierung kann nicht wichtiger sein als Strafe", Maastricht sei ein Versailles ohne Krieg, die Grenzöffnung Einfahrtstor für Verbrecher, ein Schlußstrich sei unter das „Ausländerproblem „ zu ziehen. Er verwies auf deutsche Arbeitslose, die draußen vor den Toren stünden, während Ausländer arbeiteten. Der aufrechte Gang stünde auch den Deutschen gut zu Gesicht. Offensichtlich mußte die Polizei mehrere Veranstaltungsteilnehmer entwaffnen.

Freihändler um Manfred Brunner gründeten Ende Januar in Wiesbaden eine neue Partei, den Bund freier Bürger. Die Mitgliederliste weist anerkannte Juristen, Diplomaten und Wirtschaftsfachleute auf. Die 10 Leitsätze lassen ein Anknüpfen an die klassische Mitteleuropastrategie der Nationalliberalen erkennen, deutsche Einheit Vorrang vor Europa, Öffnung nach Osten, Leitwährung DM, gegen laschen Rechtsstaat, gegen Tarifverträge und Sozialversicherung, Abschaffung des Asylrechts, Regulierung der Einwanderung, Schutz von Mittelstand, Landwirtschaft, Familie.

Die Theoriezeitungen der „Deutschen Liga" sehen die Brunner-Partei als Rettungsleine in ihrem sinkenden Boot. Positiv hervorgehoben wird die „Enttabuisierung der Diskussion in Deutschland". Gemeint sind vielleicht die kleinen Ausfälle gegen „Zinskapitalismus" oder die Mafia?

Raimund

Wer an einer Welt des Friedens und der Freiheit mitbauen will, wer sich aktiv gegen Neofaschismus, Rassismus und Krieg einsetzt, sollte Mitglied in der VVN-Bund der Antifaschisten werden.

- ☐ Ich möchte mehr über die VVN-Bund der Antifaschisten wissen.
- ☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- ☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Mich interessieren vor allem folgende Schwerpunkte:

- ☐ Einwanderer und Flüchtlinge
- ☐ Neofaschismus
- ☐ Frieden
- ☐ Geschichtsforschung
- ☐ Erinnerungsarbeit

Name, Vorname ____________________

Straße ____________________

PLZ, Ort ____________________

Telefon ____________________

Geburtsdatum, Ort ____________________

Beruf ____________________

Bremen, den ____________________

Unterschrift ____________________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str.26, 28217 Bremen

Wider vorsorglichen Demokratieabbau

Der Zustand der demokratischen Rechte ist ein Gradmesser für die gesamte politische Situation eines Landes und Grundlage für antifaschistische Politik.

In diesem Sinne ist es unerträglich, daß in der Bundesrepublik nach wie vor Millionen Menschen aufgrund eines anderen Passes von der Teilnahme an Wahlen ausgeschlossen sind. Dies ist ein echtes Demokratiedefizit. Wir fordern daher: Wahlrecht für alle! Hingegen zeigen sich in der von den Medien geschürten Kampagne um „Partei- und Politikverdrossenheit" deutlich antidemokratische Tendenzen. Es wäre nicht das erstemal, daß mit einer demagogischen Politik gegen die „Bonzen" nicht für eine Verbesserung, sondern für eine Abschaffung der Demokratie gesorgt wird. Die Forderung nach einer Regierung von „Fachmännern", die „die Probleme anpackt", ist antidemokratisch.

Wir wehren uns gegen jede Scharfmacherei an der „Front der Inneren Sicherheit" und dem Gerede von einem angeblichen Kriminalitätsnotstand. „Lauschangriffe" dienen nicht der Verbrechensbekämpfung, sondern dem vorsorglichen Demokratieabbau. Es liegt in der Logik solcher militaristischen Begriffe, daß vorgeschlagen wird, Bundeswehr im Inland einzusetzen. Besonders wehren wir uns gegen Pläne, die strikte Trennung von Polizei und Geheimdiensten aufzugeben. Diese ist in Deutschland nämlich wohlweislich nach der Erfahrung der GESTAPO erfolgt.

Der neonazistische Flügel des Neofaschismus geht dazu über, antifaschistische Kräfte aller Art sowie diverse Opfergruppen systematisch aufzulisten und zur „Sonderbehandlung" freizugeben. Noch sind dies vor allem Drohungen. Die „Feinderklärung" hat der Neofaschismus aber längst vorgenommen. Der Neofaschismus läßt keinen Zweifel daran, daß er außerhalb des demokratischen Konsenses steht. Jeder Demokratieabbau nützt ihm.

Auch die Wahlparteien des Neofaschismus bekennen sich nur formal zur Demokratie. Die in Bremen vertretene „Deutsche Volksunion", die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands", die „Republikaner" und die unter dem Tarnnamen „Nationalkonservative" auftretende „Deutsche Liga für Volk und Heimat" können sich so seriös darstellen, wie sie wollen, ihre Programme und Erklärungen sind neofaschistisch.

Auch die in Bremen vertretenen antisemitischen und rassistischen Verlage und Sekten müssen stärker als bisher bekämpft werden, da sie das neofaschistische Lager aus dem Hintergrund stützen.

Thomas

Menschen gegen Rechts:
Wir schweigen nicht

Aufruf des Bremer Friedensforums: Wir wollen es nicht hinnehmen, daß Flüchtlinge, Asylbewerber und einheimische BürgerInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, BürgerInnen jüdischen Glaubens, Sinti und Roma, Schwarze, Behinderte, Schwule und Lesben sowie andere Minderheiten und Andersdenkende in unserer Gesellschaft bedroht sind. Wir werden es nicht zulassen, daß Minderheiten in unserem Land wieder schutzlos dem Fremdenhaß, dem Rassismus und der Intoleranz ausgeliefert sind. Wir wollen in Bremen:

- ein Netzwerk gegen die geistigen Wegbereiter des Rassismus schaffen, Solidarität organisieren und Widerstand ermöglichen
- ein öffentliches Klima schaffen, in dem Rassismus, Rechtsextremismus und Nationalismus keinen Boden finden
- dem Rechtstrend in der Politik, der sozialen Demagogie und der Verkehrung der Ursachen unserer wirtschaftlichen Probleme wirksam entgegenwirken, die für ihr Versagen Minderheiten zu Sündenböcken stempelt, weil dies die Wurzeln des Rechtsextremismus nährt
- Alternativen zur Ausländer und Flüchtlinge diskriminierenden Sozialpolitik entwickeln

Wir fordern alle Bremerinnen und Bremer auf, sich dieser rassistischen und neofaschistischen Gewalt auf unseren Straßen und in den Köpfen unserer Mitmenschen entgegenzustellen.

- Schweigt nicht, wenn in Eurer Umgebung rassistische oder fremdenfeindliche Äußerungen fallen.
- Seht nicht weg, greift ein, wenn Menschen beschimpft oder diskriminiert werden.
- Laßt Euch nicht abstumpfen von den Meldungen über die zunehmende Militarisierung der Außenpolitik, denn sie ist die Voraussetzung für deutsche Waffen und Soldaten in aller Welt.
- Wehrt Euch gegen die Gewöhnung an die alltägliche Gewalt in unseren Köpfen und Herzen

Wir bitten daher jede/n einzelne/n in unserem Land, auf der Basis der humanitären und demokratischen Traditionen, den gesellschaftlichen und politischen Brandstiftern aktiv zu widersprechen. Wir selbst werden mit der Kraft unserer Solidarität und mit der Kraft unserer Worte dazu beitragen.

Wir erhielten eine Reihe von Anrufen und Rückfragen von Kameraden und Kameradinnen, die nicht mehr so gut zu Fuß sind und daher die Geburtstagsliste schmerzlich vermissen. Für sie ist es eine Erinnerung, mal wieder miteinander zu telefonieren und sich auszutauschen, daher an dieser Stelle wie gewohnt:

Geburtstage im März

Irma Müller	13.3., 63 J.
Adolf Pusch	21.3., 82 J.
Tilla Hundertmark	22.3., 79 J.
Heinz Federmann	26.3., 62 J.
Georg Minder	29.3., 68 J.

Geburtstage im April

Georg Gumpert	3.4., 80 J.
Albert Drazewski	10.4., 89 J.
Georg Gumpert jun.	11.4., 61 J.
Willy Hundertmark	16.4., 87 J.
Albert Piosek	20.4., 76 J.
Thea Drazewski	21.4., 82 J.
Eva Schaz	28.4., 79 J.
Johann Reiners	30.4., 87 J.
Willi Meyer-Buer	30.4., 83 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand

Das Wichtigste

Der Bremer Antifaschist,
Organ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Wir sind regelmäßig erreichbar:

Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 04 21/38 29 14 · Fax: 04 21/38 29 18

montags – donnerstags 10.30 – 17.30 Uhr
freitags 10.30 – 12.30 Uhr

Dringend benötigt:
Spenden für unsere Arbeit

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Anmeldungen für alternative Stadtrundgänge auch direkt unter (04 21) 61 12 62

Mitgliederöffentlich tagt
montags von 18.00 – 19.30 Uhr
der Geschäftsführende Vorstand,

jeden 4. Montag im Monat
von 19 – 21.00 Uhr der Landesvorstand

jeden 2. oder 3. Monat
im Monat von 16.00 – 18.00 Uhr:
Mahnwache
vor der Bremer Bürgerschaft

Redaktionsschluß: am 15. des Monats

V.i.S.d.P.:
Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)